STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2399/2021

3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Konversionsausschusses

Betreff/Sach-antragsnr.	Ausschreibung "Begleitende Bürgerbeteiligung Städtebaulicher Wettbewerb Fliegerhorst"			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	07.04.2021	
Verfasser	Krippgans-Noisser, Nadja	Zuständiges Amt	PGF	
Sachgebiet	Konversion Fliegerhorst	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Konversionsausschuss	Entscheidung	21.04.2021	Ö

Anlagen:	1. Leistungsverzeichnis begleitende Öffentlichkeitsbeteiligung zum städtebaulichen Wettbewerb Fliegerhorst FFB
----------	--

Beschlussvorschlag:

1. Der Konversionsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vergabe der prozessbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit für den städtebaulichen Wettbewerb „Fliegerhorst Fürstenfeldbruck“ auf Grundlage des Leistungsverzeichnisses rechtskonform durchzuführen.
2. Der Konversionsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vergabe des Wettbewerbsmanagements zum städtebaulichen Wettbewerb rechtskonform durchzuführen.
3. Der Konversionsausschuss ermächtigt die Verwaltung, erforderliche Rechts-handlungen vorzunehmen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt notwendige Rechtsgeschäfte abzuschließen und eventuell notwendige Erklärungen abzugeben.

Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz			keine	
Umweltauswirkungen			keine	
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Sachvortrag:

Die Große Kreisstadt Fürstfeldbruck beabsichtigt prozessbegleitend zu dem geplanten städtebaulichen Wettbewerb „Fliegerhorst Fürstfeldbruck“ eine informelle Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Mit dieser Beschlussvorlage soll dem Gremium das Leistungsverzeichnis als Grundlage der Ausschreibung zur Genehmigung vorgelegt werden. Ausgeschrieben werden soll die Planung, Konzeption, Durchführung, Moderation und Dokumentation der wettbewerbsbegleitenden Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß Leistungsverzeichnis (s. Anlage 1).

Bislang war davon auszugehen, dass der Auftrag EU-weit in einem VgV-Verfahren ausgeschrieben werden muss. In einer ersten Grobkostenschätzung wurde zwar nur ein Auftragsvolumen von rund 63.000 € ermittelt - ein Wert der deutlich unter dem relevanten Schwellenwert liegt. Es ist jedoch anzunehmen, dass in diesem Fall das gesamte Auftragsvolumen des Städtebaulichen Wettbewerbs inklusive der vorbereitenden und begleitenden Arbeiten (wie Auslobungsbüro, Öffentlichkeitsarbeit) als Bemessungsgrundlage des auszuwählenden Vergabeverfahrens gewählt werden muss.

In der Zwischenzeit hat die Regierung von Oberbayern als Förderstelle der Konversion signalisiert, dass sie die Einschätzung, dass alle Teile des Wettbewerbes gemeinsam gefördert werden und der Berechnung zugrunde gelegt werden, nicht länger teilt. Aus Sicht der Förderstelle wäre es sinnfälliger die Vorbereitung des Wettbewerbes fördertechnisch von der Durchführung des Wettbewerbes zu trennen.

Zusätzlich hat sich vergangene Woche die Situation wie folgt geändert:

Bislang wurde davon ausgegangen, dass der Schwellenwert für EU-weite Vergaben überschritten worden ist und alle Teilprojekte im EU-weitern VgV-Verfahren auszuschreiben sind.

Von dieser Situation ist auch bei der Vergabe des Auftrags an den Wettbewerbsmanager bgs m im Jahr 2017 ausgegangen worden. Um im Falle der Vergabe des Wettbewerbsmanagers eine zügige Vergabe durchführen zu können, wurde damals die Vergabe gemäß § 3 Abs. 9 VgV durchgeführt. Diese Klausel erlaubt eine nationale und damit weniger aufwändige Vergabe, wenn das Auftragsvolumen des Teilauftrages nicht mehr als 80.000 € und weniger als 20% des gesamten zu bemessenden Auftragsvolumen beträgt.

Nun hat das beauftragte Planungsbüro bgs m vergangene Woche angezeigt, dass das Angebot aus dem Jahr 2017 im Lichte der Preisentwicklung bis zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr wirtschaftlich darstellbar für das Büro ist. Eine Nachforderung des Büros bgs m übersteigt den vergaberechtsrelevanten Wert von 80.000 €, daher müsste der Auftrag komplett neu ausgeschrieben werden. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, schlägt das Büro bgs m daher eine Modifizierung des Auftrages dahingehend vor, dass das Büro die Vorbereitung des Wettbewerbes weiter betreut. Dies umfasst die Erstellung und Abstimmung des Auslobungsentwurfes, die Erstellung und Bereitstellung der Wettbewerbsunterlagen, die Vorbereitung und Organisation der Preisrichtervorbesprechung sowie die Erstellung der Bekanntmachung und Bewerbungsvordrucke. Das Auftragsvolumen für diese Leistungen liegt weit unter dem Wert von 80.000 €.

Auf die weiteren Leistungsbilder des Vertrages verzichtet bgs m, diese Leistungen müssen vergaberechtskonform erneut ausgeschrieben werden. Dies betrifft die Durchführung des Wettbewerbsverfahrens mit Auswahl der Teilnehmer, Vorprüfung der eingegangenen Entwürfe, Jury-Sitzung usw. Somit wäre die von der Förderstelle bereits vorgeschlagene Trennung in Vorbereitung des Wettbewerbsverfahrens und Durchführung des Wettbewerbsverfahrens vollzogen. Es könnten entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Die Verwaltung unterstützt diese Vorgehensweise, da so sichergestellt werden kann, dass die Durchführung des Wettbewerbs ohne große Zeitverzögerung weiter vorbereitet werden kann.

Während das Büro bgs m den Auslobungstext erarbeitet, kann die Verwaltung die Ausschreibung und Vergabe des Auftrages zur Begleitung der Durchführung des Wettbewerbes vorbereiten und durchführen.

Dies bedeutet jedoch für die in dieser Beschlussvorlage behandelte Vergabe der Öffentlichkeitsbeteiligung, dass in der Kürze der Zeit noch nicht abschließend geklärt werden konnte, welche Bemessungsgrundlage nun für die Ermittlung des Vergabeverfahrens zu wählen ist. In diesem Zusammenhang ist mit den zuständigen Stellen zu prüfen, welche Aufträge in das gesamte Auftragsvolumen einfließen.

Die Öffentlichkeitsarbeit überspannt beide Phasen des Wettbewerbes sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung und Nachbereitung. Es ist anzunehmen, dass alle projektrelevanten Aufträge zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung zusammenzurechnen sind.

Eine endgültige Klärung mit der Förderstelle steht noch aus und soll schnellstmöglich erwirkt werden.

Die Ausschreibung soll auf Grundlage des hier vorgelegten Leistungsverzeichnisses schnellstmöglich durchgeführt werden.